

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9036/39  
Telefax: 886 848 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Prof. Gerhard Heilmann MdB  
zu einer konservativen Diskus-  
sion: Europäische Union kon-  
tra Wiedervereinigung?

Seite 1

Dietrich Stobbe MdB zum  
Amtsantritt des US-amerikani-  
schen Präsidenten: George  
Bush steht für pragmatischen  
Konservatismus.

Seite 4

Dr. Edith Niehuis MdB zur  
Bonner Berufsbildungshilfe für  
die Dritten Welt: BMZ-Kon-  
zept wird den Erfordernissen  
nicht gerecht.

Seite 5

44. Jahrgang / 16

23. Januar 1989

Europäische Union kontra Wiedervereinigung?

Betrachtung zu einer konservativen Diskussion

Von Prof. Gerhard Heilmann MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Aus-  
schuß für innerdeutsche Beziehungen

I.

Man sollte meinen, auch die Konservativen seien lernfähig. Aber sie merken es nicht einmal, daß sie im Begriff sind, einen Fehler zu wiederholen, der ihnen Ende der sechziger Jahre die Macht gekostet hat. Damals haben sie gegen die Ost- und Vertragspolitik der sozialliberalen Koalition das Argument der Wiedervereinigung ins Feld geführt und am Ende sogar (erfolglos) das Bundesverfassungsgericht angerufen. Mehr als ein Jahrzehnt später waren sie gezwungen, jene Ost- und Vertragspolitik zu akzeptieren. Inzwischen tun sie so, als ob diese ihre Erfindung gewesen sei.

Aber wirklich gelernt haben sie nichts! Jetzt, da es um den nächsten Schritt zur westeuropäischen Integration geht, versuchen Abgeordnete der CDU/CSU, an der Spitze Eduard Lintner, Heinrich Lummer und Jürgen Todenhöfer, erneut unser Volk vor eine falsche Alternative zu stellen: Europäische Union oder Wiedervereinigung. Hinsichtlich des Vertragsentwurfs zur Europäischen Union fordern sie einen ausdrücklichen Wiedervereinigungsvorbehalt oder zumindest, wenn der nicht zu bekommen ist, die Festlegung aller Mitgliedstaaten der EG auf das Ziel der Wiedervereinigung.

Was eine solche Festlegung wert ist, zeigt im übrigen der sogenannte Deutschlandvertrag von 1955. In Artikel 7 Absatz 2 verpflichteten sich neben den Vereinigten Staaten Frankreich und Großbritannien mit der Bundesrepublik in dem Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands zusammenzuwirken, „das eine freiheitlich demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist“. Wer glaubt, zum Beispiel Frankreich, ausgerechnet Frankreich, nicht nur zum Hüter, sondern zum Betreiber der staatlichen Einheit Deutschlands machen zu können, der ist entweder naiv, oder er heuchelt. Die CDU/CSU kann sich aussuchen, welches der beiden Prädikate ihr lieber ist: naiv oder heuchlerisch.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet: Ökopro  
mit wertvollem Rotund  
Recycling-Papier



Es zeigt sich jetzt, wie verhängnisvoll es für die Union ist, daß es Konrad Adenauer ängstlich vermieden hat, von Anfang an seine Politik der Westintegration auch so darzustellen, wie sie gemeint war. „Die Westintegration sei ihr efficient part, ihr tatsächlich wirksamer Teil, die Wiedervereinigung ihr dignified part, ihr zeremoniell-würdevoller Bestandteil, gewesen“, so urteilt Arnulf Baring in Abwandlung eines Wortes von Walter Bagahof über sie. Solange in der Union ein stillschweigendes Einverständnis besteht, das Wiedervereinigungspostulat als bloße Wiedervereinigungsrhetorik zu begreifen, leidet höchstens die Glaubwürdigkeit der Politik. Sobald aber die Union ihre Wiedervereinigungsrhetorik ernst zu nehmen beginnt, geht die Gesamtrechnung strategisch nicht mehr auf, stellt sie sich selbst ein Bein und wird politikunfähig, so wie sie es von 1969 bis 1980 war. Bundeskanzler Kohl weiß sehr gut, warum er es bis jetzt unterlassen hat, den Mitgliedsländern der EG zu erläutern, daß nach dem Programm der CDU nicht die Einigung Westeuropas, sondern die Einigung Deutschlands „die vordringlichste Aufgabe deutscher Politik“ bleibe.

## II.

Die Wahrheit ist doch: Entweder sind westeuropäische und deutsche Einigung kein Widerspruch; dann bedarf es weder eines förmlichen Vorbehalts noch einer feierlichen Verpflichtung. Oder aber - allen Beteuerungen aus der Union zum Trotz - sie sind ein Widerspruch; dann bleiben sowohl Vorbehalt wie Verpflichtung politisch wirkungslos. Denn eines ist gewiß: Der Prozeß der westeuropäischen Integration ist unumkehrbar. Er ist auch ohne Alternative. Er bedeutet für die Europäer heute das, was die Reichseinigung im 18. Jahrhundert für die Deutschen war. Nicht einmal ökonomisch könnte ein einheitlicher gesamtdeutscher Binnenmarkt den Binnenmarkt der EG ersetzen. In einer Zeit, in der sich die Bipolarität des Ost-West-Gegensatzes aufzulösen beginnt und die weltpolitischen Gewichte sich neu einpendeln müssen, kann sich neben den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, China und Japan nur ein vereintes Westeuropa behaupten. Insofern wird die EG immer mehr zu einer Frage europäischer Identität, die es nicht verträgt, daß Westeuropa entweder nur die jenseitige Küste der Vereinigten Staaten oder die Verlängerung der sowjeitschen Landmasse bis zum Atlantik ist. Längst ist der politische Handlungsrahmen des Nationalstaates europäischen Zuschnitts zu eng geworden, um auf nur einem einzigen wichtigen Politikfeld noch wirkungsvolle Entscheidungen treffen zu können.

Das und mehr aufzuzählen ist fast langweilig, weil nicht neu. Es sind im Grunde ja Binsenweisheiten. Gerade deswegen muß erstaunen, fast erschrecken, mit welcher Irrationalität deutsche Konservative das Feldzeichen des Nationalstaates erneut aufpflanzen und mit höchster Priorität ausstatten. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem das Zeitalter des Nationalstaates allgemein in Europa zu Ende geht. Genügt es nicht, daß wir Deutsche mit all den schrecklichen Folgen die „verspätete Nation“ Europas waren? Wollen wir nun auch noch „verspätete Europäer“ werden, obwohl gerade die Teilung Deutschlands die Chance in sich trägt, in der wirklichen Verarbeitung und Bewältigung unserer Geschichte das europäische Volk Europas zu werden.

Wenn ich in diesem Zusammenhang von „Volk“ spreche, meine ich das ganze deutsche Volk - in West und Ost. Die Konservativen begreifen nicht, daß Nation und Nationalstaat nicht dasselbe sein müssen, in der deutschen Geschichte so gut wie nie identisch waren. Sie begreifen auch nicht, daß die deutsche Teilung ihre Ursache nicht in der Zerschlagung des Deutschen Reiches hat, sondern die Zerschlagung des Deutschen Reiches die Folge des Ost-West-Konfliktes ist. Der Ost-West-Konflikt ist aber seinem Charakter nach europäisch, besser noch global. Seine Überwindung muß von beiden Seiten der System- und Blockgrenze aus in Angriff genommen werden. In den einzelnen konkreten Schritten seiner Überwindung vollzieht sich die Wiederherstellung Gesamteuropas oder, wie in der Sowjetunion bildhaft gesagt wird, des „Europäischen Hauses“. Wer könnte ein größeres Interesse an der Überwindung des Ost-West-Konfliktes haben als die Deutschen in beiden Staaten, die besonders hart von ihm betroffen sind? Wer wäre besser geeignet als das Volk, das in der Mitte Europas lebt und jahrhundertlang eine Brücke war zwischen West und Ost? Und war es nicht das Zeitalter des Nationalstaates, das die europäische Mitte zerstörte, lange bevor der Ost-West-Konflikt Europa endgültig teilte? Wenn es gilt, gesamteuropäisch zu denken und zu handeln, können die Deutschen an viele gute Traditionen ihrer Geschichte anknüpfen. Der Nationalstaat gehört in Mitteleuropa nicht zu den guten Traditionen und Erfahrungen. Würden wir ihn eigentlich ernsthaft brauchen und nach ihm verlangen, wenn alle Deutschen frei ihre Meinung sagen könnten, selbst bestimmen könnten, wie sie ihre „kapitalistische“ oder „sozialistische“ Ordnung gestalten und verändern wollen, wenn sie frei reisen könnten und wenn ein Netz dichtester Beziehungen - auch institutioneller Art - sie verbinden würde?

Eine solche Betrachtung zeigt sehr schnell, was die wirklichen Ziele deutscher Politik sein müssen, nämlich auf einen Zustand in Europa hinzuwirken, in dem dieses Maß an Selbstbestimmung des einzelnen und der gesamten Gesellschaft in beiden deutschen Staaten möglich wird. Aber auch dafür, gerade dafür brauchen wir den ganzen Rückhalt Westeuropas, also die Europäische Union. Denn wie anders ist eine gleichberechtigte, von gegenseitigen Bedrohungsängsten freie Partnerschaft mit der Sowjetunion vorstellbar, die wiederum Voraussetzung ist für jede Form einer künftigen europäischen Friedensordnung. Wie immer wir es auch wenden mögen, auch mit Blick auf die Menschen in der DDR: es gibt keine Wahl zwischen Europäischer Union und Wiedervereinigung. Priorität hat in jedem Fall Europa!

(23.1.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

George Bush steht für pragmatischen Konservatismus

Zum Amtsantritt des US-amerikanischen Präsidenten

Von Dietrich Stobbe MdB

Stellvertretender Obmann der SPD im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe USA der SPD-Bundestagsfraktion

Der neue amerikanische Präsident George Bush hat während des Wahlkampfes eine eher skeptische Haltung gegenüber den umbruchartigen Veränderungen in der Sowjetunion erkennen lassen. Dies läßt auch zukünftig auf Auseinandersetzungen sowohl in den USA selbst wie auch im westlichen Bündnis insgesamt über Art, Umfang und Intensität westlicher Antworten schließen. Es muß dennoch betont werden, daß der neue amerikanische Präsident und seine Administration keinen Rückfall in die ideologische Einseitigkeit der ersten Amtsjahre Ronald Reagans bedeuten. Die politische Lebensgeschichte von George Bush steht für einen pragmatischen Konservatismus, dem ideologische Überfrachtung fremd ist.

Die Ernennung namhafter Persönlichkeiten zu wichtigen Ämtern in der Administration, die Deutschland und Berlin aus langjähriger politischer Erfahrung kennen, deuten auf eine große Sensibilität für die Probleme der Ost-West-Beziehungen. Sie haben Erfahrungen in der ersten Phase der Entspannungspolitik gemacht, teilweise in engster Kooperation mit Henry Kissinger. Auch wenn die Aufgaben der Zukunft durch die notwendige Konzentration auf echte Abrüstungserfolge sich gegenüber den 70er Jahren verändert haben, dürfte das Erinnerungsvermögen der neuen Administration an die Erfolge der Vertragspolitik in den 70er Jahren gerade für die Lösung der Berlinprobleme wichtig sein. Deshalb kommt es gerade in der Anfangsphase der Amtszeit von Präsident Bush darauf an, die Voraussetzungen für Fortschritte durch eine aktive Zusammenarbeit zu schaffen.

Die Rahmenbedingungen für die Einbringung und Durchsetzung Berliner Interessen waren noch nie so günstig wie zu diesem Zeitpunkt. Berlin hat allen Anlaß, die offensichtliche Bereitschaft von Präsident Bush zu einer Aufwertung der Konsultation und Kooperation im Westen voll zu nutzen.

Auch wenn zu erwarten ist, daß die neue amerikanische Administration sich zunächst auf eine Reduzierung der atomaren Interkontinentalpotentiale und auf die Abrüstung im konventionellen Bereich konzentriert, darf keine Zeit verloren werden, vernünftige Berlin-Initiativen des Westens vorzubereiten. Diese sollten sich zunächst an einer vollen Ausschöpfung der Möglichkeiten orientieren, die im Vier-Mächte-Abkommen enthalten sind. Dabei kommt es unter Beachtung der in diesem Abkommen auch gezogenen Grenzen vor allen Dingen darauf an, die Sowjetunion und die DDR zu einer wirklichen Anerkennung der „Realität“ von Berlin (West) zu bewegen, einschließlich der Bindungen, die es mit Zustimmung der drei Westmächte zur Bundesrepublik Deutschland unterhält. Diese Akzeptanz ist die Voraussetzung für Durchbrüche in vielen Sachfragen, die sowohl im westlichen wie im östlichen Interesse liegen.

Zu Fortschritten in Berliner Fragen kann es nur kommen, wenn es ein umfassend abgestimmtes Vorgehen sowohl der drei Mächte wie auch der Bundesregierung gibt. Berlin muß alles daran setzen, und hat auch eine faire Chance, die neue amerikanische Administration unter Präsident George Bush zu einer aktiven Berlin-Politik zu bewegen.

(-/23.1.1989/vp-he/rs)

**Berufsbildungshilfe für die Dritte Welt bedarf der Neuorientierung**

**Das BMZ-Konzept wird den Erfordernissen nicht gerecht**

Von Dr. Edith Niehuis MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Seit Mitte 1986 arbeitet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der gewerblichen Berufsbildung nach einem neuen Sektorkonzept. Die Kritik an dieser Neuausrichtung des BMZ hinsichtlich Planung, Durchführung und Bewertung bundesdeutscher Entwicklungsprojekte der gewerblichen Berufsbildung ließ nicht lange auf sich warten.

Sicherlich war es nötig, die bis dahin gültigen 17 Jahre alten Richtlinien aufgrund neuerer Erkenntnisse in der Entwicklungspolitik zu revidieren. Schließlich hatte auch der Deutsche Bundestag im Jahre 1982 in einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen den modernistischen Träumern in der Entwicklungspolitik eine Absage erteilt und den Schwerpunkt bundesdeutscher Entwicklungspolitik auf Grundbedürfnisbefriedigung, Armutsbekämpfung und Selbsthilfeförderung gelegt.

Das 1986 in Kraft getretene Sektorkonzept für die Entwicklungszusammenarbeit in der gewerblichen Berufsausbildung allerdings erweckte von Anfang an den Eindruck, weiterhin der als gescheitert anzusehenden entwicklungspolitischen Modernisierungstheorie anzuhängen.

In einer Sachverständigenanhörung beschäftigte sich der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im April 1988 mit dem Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur gewerblichen Berufsbildung in Entwicklungsländern. Die Sachverständigen erteilten der Modernisierungstheorie und damit den Schwerpunkten des Sektorkonzepts eine deutliche Absage.

Wo liegen die zentralen Irrtümer und Probleme des Berufsbildungskonzeptes der Bundesregierung in der Entwicklungspolitik? Das Sektorkonzept beschränkt sich vom Ansatz her auf den modernen Sektor, erhebt aber zugleich den Anspruch, breiter zu wirken. Mit Berufung auf die fortschreitende Arbeitsteilung in den Volkswirtschaften wird eine Konzentration der Ausbildungshilfe auf den modernen Sektor als Voraussetzung für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der stetig wachsenden Bevölkerung dargestellt. Diese Konzentration auf die arbeitsteilige Industriegesellschaft verkennt die wachsende Bedeutung des informellen Sektors und wird auch der Auffassung der Bundesregierung nicht gerecht, „die berufliche Bildung leiste vor allem als Komponente im Rahmen ländlicher Entwicklungsprogramme einen direkten Beitrag zur Armutsbekämpfung“, wie die Bundesregierung selbst in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (11/2470) im Jahre 1988 formulierte.

Das Sektorkonzept hingegen verleiht der gewerblichen Berufsbildung im modernen Sektor einen berufsbildungspolitischen Schwerpunkt in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, während andere Berufsbildungsmaßnahmen unterbewertet bleiben.

Gerade weil das BMZ in seinem Konzept den jeweiligen Besonderheiten der Länder der Dritten Welt zu wenig Rechnung trägt, formuliert es als Ziel bundesdeutscher Berufsbildungshilfe, überall duale Berufsbildungssysteme aufzubauen. Der Anspruch, auf der Grundlage des dualen Systems flächendeckende Berufsbildungssysteme aufzubauen, überschätzt die realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten in den Ländern der Dritten Welt. Dieser Ansatz des Sektorkonzepts, Berufsbildung primär als eine infrastrukturverbessernde, weniger als eine zielgruppenbezogene Maßnahme zu verstehen, führt in der Planung und Durchführung der Berufsbildungshilfe zur Vernachlässigung des Zielgruppenaspektes. Insofern finden in der gewerblichen Berufsausbildung die Zielgruppe Frauen fast keine und Teilnehmer/innen aus dem ländlichen Bereich zu wenig Berücksichtigung. Die Auffassung der Bundesregierung, gruppenspezifische Bildungsmaßnahmen nur im Rahmen ländlicher Regionalentwicklungsprogramme zu berücksichtigen, in gewerblichen Berufs-

bildungskonzeptes aber zu vernachlässigen, hat in der Entwicklungshilfepraxis zwei problematische Auswirkungen. Sie führt zu einer Benachteiligung von ohnehin in der Dritten Welt schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Frauen) auch noch in der gewerblichen Berufsbildungshilfe und zu einem verkürzten Verständnis von Berufsbildungshilfe, da die Ausbildungskomponenten in Regionalentwicklungsprogrammen nicht als Berufsbildung erfaßt und ausgewertet werden.

Durch dieses strikte Trennung von Berufsbildung als infrastrukturverbessernder Maßnahme und von Berufsbildung als zielgruppenbezogener Maßnahme beraubt sich das BMZ der Möglichkeit, die unterschiedlichen Wege von Berufsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit jeweils zu evaluieren, um daraus dann Schlußfolgerungen für eine verbesserte nachhaltige Berufsbildungshilfe zu ziehen. Da sich gezeigt hat, daß der Erfahrungsaustausch zwischen in der Berufsbildungshilfe Tätigen privater und staatlicher Einrichtungen fehlt, verfestigt sich jenes einseitige Verständnis von gewerblicher Berufsbildungshilfe in der staatlichen Entwicklungspolitik.

Durch die Konzentration des Sektorkonzeptes auf die modernen technischen Berufe vernachlässigt die bundesdeutsche gewerbliche Bildung die Berufe im Handwerk, in Klein- und Kleinstunternehmen, die in den Entwicklungsländern von großer Bedeutung sind. Da die Berufsausbildungsprofile in der Bundesrepublik wenig geeignet sind, der Situation von Klein- und Kleinstunternehmen in Entwicklungsländern gerecht zu werden, müssen auch die Einsatzmöglichkeiten deutscher Ausbilder/innen in Entwicklungsländern kritisch hinterfragt und die Einsatzmöglichkeiten einheimischer Ausbilder erprobt werden.

Die Ausbildungskrise in der Dritten Welt ist häufig auch eine Beschäftigungskrise. Demzufolge sollte gewerbliche Berufsbildungshilfe auch Gewerbeförderung zum Ziel haben und den Blick auf die Förderung von Handwerk, Klein- und Kleinstunternehmen richten. Dazu gehört, daß neben technischer Qualifikation auch allgemein bildende, kaufmännische und soziale Qualifikationen im Rahmen der Berufsbildung vermittelt werden und die Berufsbildungshilfe mit Betriebsberatung und Kreditprogrammen kombiniert wird. Auch diesen Anforderungen wird das derzeit gültige Sektorkonzept nicht gerecht.

Da Bildung und Ausbildung für die Entwicklung von Ländern eine besondere Bedeutung haben, gehört die Frage der Berufsbildung zu den zentralen Fragen in der Entwicklungszusammenarbeit. Insofern werden die anstehenden Beratungen im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zeigen, inwieweit die Abgeordneten der Regierungskoalition bereit sind, durch eine notwendige Änderung des Sektorenkonzeptes den Anforderungen an eine wirksame Berufsbildungshilfe in der Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden.

(-/23.1.1989/va-he/rs)